



NIEDERSCHRIFT

über die 7. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 17.03.2020,

Kulturzentrum Altes Kaufhaus, Rathausplatz 9

Beginn: 17:00

Ende: 18:33



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Jennifer Follmann

Margit Frey

Lea Heidbreder

Markus Heim

Christian Kolain

Bruno Sebastian Leiner

Sophia Maroc

Kim Neumann

Lea Saßnowski

Hannah Trippner

CDU

Cyrus Bakhtari

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Dr. Thorsten Sögding

SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle



Florian Maier

Lisa Rocker

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Rudi Klemm

AfD

Christian Gies

Alfred Haas

Norbert Herrmann

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

FDP

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

Die LINKE

Tobias Schreiner

Bastian Stock

Vorsitzender

Thomas Hirsch



Beigeordneter

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Christine Baumstark (Hauptamt)

Stefan Joritz (Rechtsamt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Sandra Diehl (Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung)

Dorothea Müller (Ortsvorsteherin Mörzheim)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Julius Baur

CDU

Kerstin Bernzott-Uhl

Lena Dürphold

Susanne Höhlinger

SPD

Prof. Dr. Hannes Kopf

Hans Peter Thiel



Pfeffer und Salz

Andrea Kleemann

Die PARTEI

Katharina Kerbstat

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Alexander Grassmann



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass die CDU-Stadtratsfraktion Frau Susanne Burgdörfer zur neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt habe. Er gratulierte Frau Burgdörfer zur Wahl und dankte dem bisherigen Fraktionsvorsitzenden Peter Lerch für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

Der Vorsitzende betonte, dass man im Moment eine schwierige Situation zu bewältigen habe. Für diese Situation gebe es keine Blaupause und keine Erfahrung im Umgang mit dieser Corona-Situation. Es werde nun zunächst jeden Freitag eine Telefonkonferenz des Ältestenrates stattfinden. Man habe vereinbart, die Sitzungen der Gremien zu reduzieren. In diesem Zuge seien alle Beiratssitzungen abgesagt worden.

Man habe sich rasant entwickelnde Infektionszahlen, es sei davon auszugehen, dass 60 % der Bevölkerung eine Infektion haben werden.

Möglicherweise sei dies für längere Zeit die letzte Stadtratssitzung, zu der man zusammenkommen könne. Daher liege als Tischvorlage eine Sitzungsvorlage aus, in der man empfehle, die Rechte des Stadtrates und der Ausschüsse auf den Hauptausschuss zu übertragen. Die Alternative wäre, alles auf das Eilentscheidungsrecht des Oberbürgermeisters zu schieben. Dies sei die Ultima Ratio, die natürlich weiterhin bestehe. Er bitte, diesen Punkt noch auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig, die Tagesordnung um den Punkt „Temporäre Änderung der Zuständigkeiten der städtischen Ausschüsse als Maßnahme zur Verhinderung der schnellen Verbreitung des Corona Virus in Landau in der Pfalz“ als neuen Tagesordnungspunkt 2 der öffentlichen Sitzung zu ergänzen.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Temporäre Änderung der Zuständigkeiten der städtischen Ausschüsse als Maßnahme zur Verhinderung der schnellen Verbreitung des Corona Virus in Landau in der Pfalz
Vorlage: 300/017/2020
3. Wahl der Mitglieder des Universitätsausschusses
Vorlage: 100/308/2020
4. Neubesetzung von Ausschüssen und Gremien
Vorlage: 100/309/2020
5. Smart City Landau; Grundsatzbeschluss und Förderantrag „Modellprojekte Smart Cities“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat
Vorlage: 610/605/2020
6. Antrag des Ortsbeirates Nußdorf; Frühere Sanierung der K8 Godramstein -



Nußdorf sowie deren Verbreiterung
Vorlage: 101/519/2020

7. Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Aberkennung der Ehrenbürgerschaft von Paul von Hindenburg
Vorlage: 101/520/2020
8. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion; Einführung eines integrierten Park- und Verkehrsleitsystems in Landau
Vorlage: 101/521/2020
9. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion; Erstellung einer effizienten und nachhaltigen WLAN Infrastruktur in Landauer Schulen aus den Mitteln des DigitalPakt Schule
Vorlage: 101/522/2020
10. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion; Steigerung der Attraktivität der Innenstadt durch digitale Stadtführung
Vorlage: 101/523/2020
11. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Verbot von Grabsteinen aus Kinderarbeit
Vorlage: 101/525/2020
12. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Kosten für ein Monatsticket in Landau
Vorlage: 101/526/2020
13. Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Sicherung und Steigerung der Biodiversität im Stadtgebiet
Vorlage: 101/527/2020
14. Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Stadtradeln dauerhaft durchführen
Vorlage: 101/528/2020
15. Bündnis „Sichere Häfen“
- 15.1. Gemeinsamer Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion, CDU-Stadtratsfraktion und FDP-Stadtratsfraktion; Landau zum sicheren Hafen machen
Vorlage: 101/530/2020
- 15.2. Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Beitritt zum Bündnis Sichere Häfen“
Vorlage: 101/529/2020
- 15.3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; „Sicherer Hafen“
Vorlage: 101/531/2020
16. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Viktor Herzenstiel
Vorlage: 100/304/2020
17. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Michael Bader
Vorlage: 100/305/2020



18. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Karin Hechler
Vorlage: 100/306/2020
19. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Dr. Helmuth Back
Vorlage: 100/307/2020
20. 2. Nachtragshaushaltssatzung und 2. Nachtragshaushaltsplan der Stadt Landau für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 240/120/2020
21. Satzung über die Erhebung von Parkgebühren
Vorlage: 300/014/2020
22. Energetische Generalsanierung des Verwaltungsgebäudes der Friedhofsverwaltung
Vorlage: 320/014/2020
23. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“; 2. Controllingbericht
Vorlage: 600/100/2020
24. Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen in Landau, Vergabe der Tief- und Straßenbauarbeiten
Vorlage: 680/207/2020
25. Ausbau der Schlachthofstraße in Landau in der Pfalz, Vergabe der Tief- und Straßenbauarbeiten
Vorlage: 680/208/2020
26. Ausbau der Eutzinger Straße in Landau in der Pfalz; Vergabe der Kanal-, Tief- und Straßenbauarbeiten
Vorlage: 680/209/2020
27. Verschiedenes

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende einen kurzen Überblick über den Umgang mit der Corona-Pandemie in Landau. Das Rathaus und die Dienststellen seien für den öffentlichen Besucherverkehr geschlossen. Im Arbeitsablauf werde man alles nicht notwendige auf die Seite schieben. Man habe ein verwaltungsinternes Lagezentrum im Rathaus eingerichtet. Auch auf der Ebene des Stadtvorstandes habe man die Termine so weit wie möglich reduziert. Man werde nicht zu viert an Terminen teilnehmen, damit im Falle einer Infektion eines Stadtvorstandsmitgliedes die Handlungsfähigkeit gewahrt bleibe.

Bei der Ausrichtung der Verwaltungsarbeit gebe es drei Prioritäten:

- Einstellung der Verwaltung auf die Krisensituation
- Sicherstellung der öffentlichen Ordnung
- Sicherung der Arbeitsergebnisse



Am 24. März werde man anstelle des geplanten Fachausschusses eine Sitzung des Hauptausschusses ansetzen. Klar sei, dass sich die Zeiten nachhaltig verändern werden und es neue Prioritäten geben werde.

Immerhin habe man in dieser Woche die Genehmigung des Haushaltes erhalten. Zudem seien zusätzliche 1,4 Millionen Euro für das Sportzentrum West genehmigt worden.



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern wurden keine Fragen gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Temporäre Änderung der Zuständigkeiten der städtischen Ausschüsse als Maßnahme zur Verhinderung der schnellen Verbreitung des Corona Virus in Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 17. März 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Herr Joritz erläuterte die Vorlage. Im Wesentlichen gehe es darum, die Ausschussarbeit auf den Hauptausschuss zu übertragen. Ausgenommen seien hiervon der Rechnungsprüfungsausschuss und der Werksausschuss des GML. Ziel sei, möglichst wenige Leute zu Besprechungen zusammenzubringen. Ein zweiter Punkt sei die Übertragung der Aufgaben des Stadtrates ebenfalls auf den Hauptausschuss, soweit dies rechtlich möglich sei. Hierzu sollen beispielsweise die Wertgrenzen temporär erhöht werden. Hiervon ausgenommen seien beispielsweise Satzungsbeschlüsse und der Haushalt, die rechtlich zwingend dem Stadtrat vorbehalten seien. Man wolle nicht extra die Hauptsatzung ändern, sondern es mit diesem Einzelbeschluss des Stadtrates für diese Krisenzeit regeln.

Ratsmitglied Dr. Migl war grundsätzlich mit der Vorlage einverstanden. Allerdings störe sie der Zeitpunkt „bis auf weiteres“. Sie hielte einen bestimmten Zeitpunkt als Begrenzung, beispielsweise bis Ende August, für besser.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er damit nicht einverstanden sein könne. Denn dann bräuchte man ja wieder den Stadtrat, um die Verlängerung zu beschließen.

Ratsmitglied Maier betonte, dass man sich in einer sehr außergewöhnlichen Situation befinde. Er wolle den Entscheidungsträgern in der Stadt, insbesondere dem Stadtvorstand, die Solidarität der SPD-Fraktion versichern. Bei der Vorlage seien dennoch einige Fragen offen. Auch er würde eine Befristung der Maßnahme begrüßen. Die Vorlage sei doch etwas kurzfristig, da man nicht absehen könne, was das Land noch an Regelungen bringe. Es gebe ja auch das Instrument der Eilentscheidung, das man nutzen könne. Von daher sei es der SPD-Stadtratsfraktion lieber, dies heute nicht abzustimmen.

Der Vorsitzende machte nochmal deutlich, dass ihm das Eilentscheidungsrecht ohnehin zustehe. Es sei dies ein Angebot an den Rat, Entscheidungen in dieser außergewöhnlichen Zeit mittragen zu können.

Herr Joritz unterstrich, dass es hierfür ohnehin eine natürliche Deadline gebe und das sei der Beschluss über den Haushalt. Diesen könne nur der Stadtrat beschließen.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass die FWG-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde.

Beigeordneter Hartmann stellte klar, dass der Hauptausschuss die Mehrheitsverhältnisse des Stadtrates wahre. Daher sei dies ein faires Angebot an den Rat.

Der Vorsitzende schlug als Kompromiss vor, diese Regelung bis zum 31. Dezember 2020 zu befristen.

Ratsmitglied Maier bat um eine kurze Unterbrechung der Sitzung, um sich kurz in der Fraktion abstimmen zu können.



Der Vorsitzende unterbrach um 17.28 Uhr die Sitzung.

Der Vorsitzende eröffnete um 17.32 Uhr wieder die unterbrochene Sitzung.

Ratsmitglied Maier teilte mit, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimme unter der Maßgabe, dass es bis 31. Dezember 2020 befristet wird.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. die Übertragung der Aufgaben der städtischen Ausschüsse nach § 8 Absatz 1 Nummer 3 bis 7 und 9 der Hauptsatzung auf den Hauptausschuss befristet bis zum 31. Dezember 2020.
2. befristet bis 31. Dezember 2020 die Übertragung aller Zuständigkeiten des Stadtrates auf den Hauptausschuss, soweit nicht eine nichtübertragbare Zuständigkeit nach § 32 GemO oder nach anderen Gesetzen vorliegt.
3. befristet bis 31. Dezember 2020 wird die Wertgrenze, bis zu der der Hauptausschuss entscheiden darf,
 - a) für die Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Ausgaben (§ 32 Absatz 2 Nummer 11 GemO) von bis zu 30.000,- € auf bis zu 500.000,- € im Einzelfall gesetzt (§8 Absatz 1 Nummer 1 b) bb) der Hauptsatzung).
 - b) für die Verfügung über Gemeindevermögen sowie die Hingabe von Darlehen der Stadt, die Veräußerung und die Verpachtung von Eigenbetrieben oder Teilen von Eigenbetrieben von bis zu 520.000,- € auf bis zu 3.000.000,- € gesetzt (§ 8 Absatz 1 Nummer 1 b) dd) der Hauptsatzung). Dies betrifft z. B. Grundstückskäufe und Grundstücksverkäufe.

Zudem wird dem Hauptausschuss die Entscheidung über die Leistung überplanmäßiger Mittel und die Verfügung über Gemeindevermögen für die Grundstücksankäufe für das Gebiet Südwest (nur südlich der Wollmesheimer Straße) auf Basis eines Ankaufspreises von maximal 72 Euro/m² übertragen, auch wenn diese die unter a) und b) genannten Wertgrenzen übersteigen.

4. Zudem wird beschlossen, dass der Hauptausschuss befristet bis 31. Dezember 2020 für alle Vergaben von Lieferungen und Leistungen ohne Wertgrenze zuständig ist (§ 8 Absatz 1 Nummer 1 b) ee) der Hauptsatzung), sofern es sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt.
5. Weiterhin ist der Hauptausschuss befristet bis 31. Dezember 2020 zuständig für Beschlussfassungen über die Angelegenheiten des Zoos (§ 8 Abs. 1 Nr. 1 b) aa) der Hauptsatzung).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Wahl der Mitglieder des Universitätsausschusses

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 3. März 2020, auf die hingewiesen wird. Da es keine Einigung über die Zahl der Bürgervertreter gegeben habe, sei die Vorlage heute nicht abstimmbare und eine Wahl der Mitglieder des Universitätsausschusses nicht möglich.

Die Vorlage wird zurückgestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Neubesetzung von Ausschüssen und Gremien

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 5. März 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt:

- a) Herrn Fabian Helm, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Sportausschuss,
- b) Herrn Aniello Casella, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Sozialausschuss sowie als weiteren Vertreter in den Jugendhilfeausschuss, Umweltausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Smart City Landau; Grundsatzbeschluss und Förderantrag „Modellprojekte Smart Cities“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 4. März 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Man habe die Möglichkeit, über den Bund Geld zu erhalten für das Projekt Smart City. Ziel sei eine Konzeption zu erarbeiten, bei der der Mensch im Mittelpunkt stehe und nicht die technischen Möglichkeiten. Heute gehe es nur um den Grundsatzbeschluss, um den Antrag für das Förderprogramm stellen zu können.

Ratsmitglied Dr. Migl sah dies skeptisch. Dieses Modellprojekt Smart City habe eben auch Nachteile und nicht nur Vorteile. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne die Vorlage ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja- und 1 Nein-Stimme:

1. Die Stadt Landau will Technologien einer „Smart City“ nutzen. Dabei sollen digitale Technologien so eingesetzt werden, dass sie der Stadtgesellschaft als Gemeinschaft dauerhaft dienen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Antrag im Rahmen des Förderprogramms „Modellprojekte Smart Cities“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat einzureichen, über das sowohl eine „Smart City Strategie“ als auch konkrete Projekte und Maßnahmen gefördert werden können.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage einer „Smart City Strategie“ geeignete Projekte mit den zuständigen Akteuren zu erarbeiten und deren Finanzierung im nächsten Haushalt abzubilden. Dabei sind die haushaltsrechtlichen Auflagen und Bestimmungen der Aufsichtsbehörde zu berücksichtigen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag des Ortsbeirates Nußdorf; Frühere Sanierung der K8 Godramstein - Nußdorf sowie deren Verbreiterung

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag des Ortsbeirates Nußdorf vom 25. Januar 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Eine frühere Sanierung sei nicht möglich, da man jetzt erst die Haushaltsgenehmigung bekommen habe. Auch eine Verbreiterung sei nicht möglich, da man hierfür kein Baurecht habe. Wenn man für eine Verbreiterung Baurecht beantragen würde, gehe 2021 gar nichts. Die Kraft des faktischen mache daher den Antrag unmöglich.

Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis und stellte fest, dass dieser nicht umsetzbar und damit erledigt ist.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Aberkennung der Ehrenbürgerschaft von Paul von Hindenburg

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion vom 27. Januar 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Stock begründete den Antrag. Man müsse die Person Paul von Hindenburg kritischer hinterfragen als dies bisher der Fall sei. Er sei der Steigbügelhalter der Nationalsozialisten gewesen. Von daher sollte man diesem die Ehrenbürgerwürde aberkennen.

Der Vorsitzende erklärte, dass er mit der Aberkennung der Ehrenbürgerwürde kein Problem habe. Dies sei rein deklaratorisch, da diese ohnehin mit dem Tod Hindenburgs endete. Man werde aber einen Aberkennungsvermerk in der Liste der Ehrenbürger anbringen. Die Frage einer Umbenennung der Hindenburgstraße werde man Ende 2021 diskutieren, wenn die Auswertung des Stadtarchivs zu allen Landauer Straßennamen vorliege.

Ratsmitglied Haas gab zu bedenken, dass man dann auch im Fliegerviertel alle Straßen umbenennen müsste.

Der Vorsitzende entgegnete, dass dies Teil des Generalauftrags an das Stadtarchiv zur kritischen Überprüfung der Landauer Straßennamen gehöre.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Paul von Hindenburg aus der Ehrenbürgerliste Landaus zu streichen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Antrag der FDP-Stadtratsfraktion; Einführung eines integrierten Park- und Verkehrsleitsystems in Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 10. Februar 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung prüft die Einführung eines integrierten Park- und Verkehrsleitsystems zur Optimierung der Auslastung der großen Parkplätze in Landau und eine intelligente Lenkung des Verkehrs innerhalb der Stadt. Eine Berichterstattung hierüber erfolgt im Mobilitätsausschuss.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Antrag der FDP-Stadtratsfraktion; Erstellung einer effizienten und nachhaltigen WLAN Infrastruktur in Landauer Schulen aus den Mitteln des DigitalPakt Schule

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 10. Februar 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Man arbeite bereits an einem solchen Konzept. Im Moment mache man eine Bestandsaufnahme an den Landauer Schulen. Er schlage vor, den Antrag als Prüfauftrag zu sehen und ihn in das Verfahren der Erstellung dieses Konzeptes mit aufzunehmen.

Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis und beschloss

diesen bei der Erstellung des Konzeptes einer digitalen Infrastruktur der Landauer Schulen mit zu berücksichtigen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Antrag der FDP-Stadtratsfraktion; Steigerung der Attraktivität der Innenstadt durch digitale Stadtführung

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 10. Februar 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die Verwaltung begrüße dies ausdrücklich und werde das umsetzen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Attraktivität mittels einer digitalen Stadtführung zu steigern und beauftragt das Büro für Tourismus dies umzusetzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Verbot von Grabsteinen aus Kinderarbeit

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 26. Februar 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Eine Abstimmung sei entbehrlich, da dies bereits im Entwurf der geänderten Friedhofssatzung enthalten sei. Diese Satzung werde man dem Stadtrat vorlegen, sobald dies nach der Corona-Pandemie wieder möglich sei.

Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Kosten für ein Monatsticket in Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 2. März 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Es solle dies ein Angebot sein an Landauerinnen und Landauer, um das Jobticket attraktiver zu machen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen:

1. Wie hoch die Kosten für die Stadt sind, wenn die Kosten für ein Monatsticket für Fahrten innerhalb Landaus für Landauerinnen und Landauer auf 45,20 Euro gesenkt würden;
2. Ab wann diese Monatskarte für Landauerinnen und Landauer eingeführt werden könnte.

Die Berichterstattung zum Ergebnis der Prüfung erfolgt im Mobilitätsausschuss.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Sicherung und Steigerung der Biodiversität im Stadtgebiet

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion vom 3. März 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung möge prüfen, welche Maßnahmen auf städtischen Grün- und Brachflächen ergriffen werden können, um die Biodiversität im Stadtgebiet zu sichern und zu steigern. Dabei sind insbesondere Maßnahmen zur Sicherung eines ökologischen Bestandes und der Artenvielfalt von Insekten zu nennen, beispielsweise durch die Anpflanzung eines hohen Anteils von Wildblumen.

Die Berichterstattung und weitere Beratung erfolgt im Umweltausschuss.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Stadtradeln dauerhaft durchführen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion vom 3. März 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Von Seiten der Verwaltung stehe man dem grundsätzlich positiv gegenüber, allerdings sei dies haushaltsrelevant. Man könne die Haushalte der kommenden Jahre nicht im voraus belasten. Sein Vorschlag sei, dass man, wenn es die Aktion Stadtradeln gebe, man jährlich neu entscheide.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Stadt Landau in der Pfalz unterstützt grundsätzlich die Aktion STADTRADELN. Eine Entscheidung über die Teilnahme und eine damit verbundene finanzielle Beteiligung wird jährlich neu getroffen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Bündnis "Sichere Häfen"



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15.1. (öffentlich)

Gemeinsamer Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion, CDU-Stadtratsfraktion und FDP-Stadtratsfraktion; Landau zum sicheren Hafen machen

Der Vorsitzende verwies auf den gemeinsamen Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion, CDU-Stadtratsfraktion und FDP-Stadtratsfraktion vom 7. März 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Ebenso verwies er auf die Anträge der SPD-Stadtratsfraktion vom 7. März 2020 und der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 9. März 2020. Man werde alle Anträge gemeinsam beraten. Er schlage vor, dies als grundsätzlichen Generalkonsens aufzunehmen. Mit der konkreten Umsetzung sollte man aber abwarten, wie sich die Strukturen entwickeln. Klar sei, dass man nicht mehr Flüchtlinge aufnehmen könne, als über die Quote des Landes zugewiesen werden. Man habe ohnehin schon deutlich über der Quote Flüchtlinge vom Land zugewiesen bekommen.

Ratsmitglied Saßnowski betonte, dass man mit einem Beschluss zum Beitritt zum Bündnis „Sichere Häfen“ Menschen helfe, die gezwungen seien, ihre Heimat zu verlassen. Werte und Menschenrechte müsse man auch an den Grenzen wahren. Diese würden aber derzeit mit Füßen getreten. Sie sei froh, dass man als Stadtrat heute gemeinsam dieses Signal sende an die Verantwortlichen in Europa. Solidarität dürfe nicht an Landesgrenzen aufhören.

Ratsmitglied Schwarzmüller hielt es für wichtig, dass die Stadt Landau Verantwortung übernehme. Sie sei nicht der Meinung, dass man die Pflicht schon getan habe. Auch wenn es eine freiwillige Leistung sei, müsse man einen Beitrag leisten zur Behebung dieser humanitären Katastrophe. Sie erkenne an, dass man Integration bestmöglich betreiben wolle, im Moment aber laufe Integration überhaupt nicht.

Ratsmitglied Lerch machte deutlich, dass Landau schon vieles unternommen habe. Dass es drei Anträge zu dieser Thematik gebe, zeige, dass man sich moralisch einig sei, dass einiges getan werden müsse. Landau habe einiges geleistet, setze aber mit einem solchen Beschluss auch ein Zeichen für die Zukunft.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass man im Mittelmeer helfen wolle, sei nachvollziehbar und verständlich. Dass sich dort ein Drama abspiele, sei unbestritten. Dennoch könne man hier lokal kein internationales Problem lösen. Man sehe hier die EU in der Pflicht, die zu wenig tue. Die FWG-Stadtratsfraktion werde unterschiedlich abstimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl betonte, dass der Antrag von Pfeffer und Salz dahingehe, über die Zuteilung des Landes hinaus Flüchtlinge aufzunehmen. Der Oberbürgermeister habe dies nun sehr deutlich eingeschränkt. Dies sei gewissermaßen eine Amputation des Antrages von Pfeffer und Salz. Es seien ja bereits 100 Städte, die beim Bündnis „Sichere Häfen“ mitmachen, insofern könnte es gar nicht so viele Zuweisungen geben.

Der Vorsitzende entgegnete, dass das Bündnis „Sicherer Hafen“ über 100 Mitglieder habe. Die meisten Städte hätten den Beitritt aber deklaratorisch erklärt. Alles weitere, über das deklaratorisch hinausgehende, müsste er aussetzen, was er schade finden würde.

Beigeordneter Hartmann erinnerte daran, dass ja in dem Antrag stehe, dass die Bundesregierung gefordert sei, eine rechtsstaatliche Lösung zu schaffen.



Ratsmitglied Herrmann erklärte, dass die AfD-Stadtratsfraktion nicht gegen Seenotrettung sei. Man brauche aber Steuerung und Kontrolle in Europa. Dazu müsse eine Klärung in den Herkunftsländern, mindestens aber in den Flüchtlingslagern geschaffen werden. Daher sei es der richtige Weg, europäische Hotspots zu errichten. Mit den vorliegenden Anträgen würden falsche Hoffnungen geweckt.

Ratsmitglied Schreiner unterstrich, dass das Bündnis „Sichere Häfen“ ein Signal für Menschlichkeit und Humanität sei. Humanität sei nicht verhandelbar. Die Situation im Mittelmeer bedeute für viele Menschen den Tod, sichere Herkunftswege gebe es nicht. Die LINKE-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag der Koalition zu.

Die Fraktionen von SPD und Pfeffer und Salz zogen ihre Anträge zurück.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 31 Ja-, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

Der Stadtrat der Stadt Landau bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen mussten.

- Die Stadt Landau schließt sich daher der Initiative von inzwischen über 100 Städten und Kommunen in Deutschland an und erklärt sich bereit, Geflüchtete aus der Seenotrettung im Mittelmeer aufzunehmen.
- Wir positionieren uns klar und deutlich gegen die Behinderung und Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer.
- Wir appellieren an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer einzusetzen, sich für eine europäische Seenotrettung stark zu machen und eine konsequente Bekämpfung der Fluchtursachen voranzutreiben.
- Der Stadtrat fordert die Bundesregierung auf, die Unterbringung der Geflüchteten durch ein Bundesprogramm zu regeln und eine gerechte Verteilung, insbesondere an Kommunen, die sich dazu bereit erklärt haben, sicherzustellen.
- Die Stadt Landau bekräftigt ihre Bereitschaft ein bestmögliches Ankommen und eine bestmögliche Integration der Geflüchteten sicherzustellen.
- Die Stadt Landau tritt dem kommunalen Bündnis „Städte sicherer Häfen“ bei.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15.2. (öffentlich)

Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Beitritt zum Bündnis "Sichere Häfen"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 9. März 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 15.1 verwiesen.

Ratsmitglied Dr. Migl zog den Antrag zurück.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15.3. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; "Sicherer Hafen"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 7. März 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 15.1 verwiesen.

Ratsmitglied Schwarzmüller zog den Antrag zurück.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Viktor Herzenstiel

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 20. Februar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Herrn Viktor Herzenstiel, 76829 Landau in der Pfalz, in Anerkennung seiner Verdienste im kulturellen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz zu verleihen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Michael Bader

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 13. Februar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Herrn Michael Bader, 76829 Landau in der Pfalz, in Anerkennung seiner Verdienste im Bereich des Sports die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz zu verleihen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Karin Hechler

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 13. Februar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Frau Karin Hechler, 76829 Landau in der Pfalz, in Anerkennung ihrer Verdienste im kulturellen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz zu verleihen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Dr. Helmuth Back

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 17. Februar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Herrn Dr. Helmuth Back, 76833 Frankweiler, in Anerkennung seiner Verdienste im gesellschaftlichen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz zu verleihen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

2. Nachtragshaushaltssatzung und 2. Nachtragshaushaltsplan der Stadt Landau für das Haushaltsjahr 2019

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 21. Februar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Freiermuth hielt die Argumentation der ADD für falsch. Daher werde er gegen die Vorlage stimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja- und 1 Nein-Stimme:

1. in Abänderung des Beschlusses vom 27. August 2019 (Sitzungsvorlage 240/109/2019 – 1. Nachtragshaushaltssatzung 2019 mit Nachtragsstellenplan) die Stellen mit der Stellenplannummer 0.00171.0001.1 und 0.00172.001.1 im Stellenplan in der Entgeltgruppe 11 TVöD auszuweisen.
2. die Verwaltung zu beauftragen, die notwendigen Anpassungen der Darstellungsweise im Stellenplan im Rahmen der Beschlussfassung zum Nachtragshaushalt 2020 vorzunehmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

Satzung über die Erhebung von Parkgebühren

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 18. Februar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Der zuständige Mobilitätsdezernent werde in Abstimmung mit dem Fachamt ein umfassendes Parkraumbewirtschaftungskonzept erstellen, in das zeitgemäße Aspekte aufgenommen würden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Parkgebühren“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)

Energetische Generalsanierung des Verwaltungsgebäudes der Friedhofsverwaltung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Ordnungsamtes vom 3. Februar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der energetischen Generalsanierung des Verwaltungsgebäudes der Friedhofsverwaltung zum Preis von 310.000,- € auf der Grundlage der Baukostenberechnung des Architekturbüros Peter Buchert wird zugestimmt. Mit den Architektenleistungen für die Objektplanung und -überwachung wird das Büro Buchert beauftragt. Die eingestellten Haushaltsmittel bei Produkt 5.5.3.0.096315 werden freigegeben.

Vor Auftragsvergabe der einzelnen Gewerke ist eine Zustimmung nach den Vorschriften der Hauptsatzung erforderlich.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

**Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd";
2. Controllingbericht**

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Stadtbauamtes vom 18. Februar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Dies ganze hier sei eine Erfolgsgeschichte. Mit einem städtischen Aufwand von knapp 1 Million Euro generiere man Investitionen von 55 Millionen Euro.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)

Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen in Landau, Vergabe der Tief- und Straßenbauarbeiten

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 17. Februar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Ausführung der Tiefbau- und Straßenbauarbeiten für den barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen in Landau in der Pfalz ist der Firma Tas & Balci Straßenbau GmbH, Eisenberg (Pfalz), zu den Preisen ihres Angebotes vom 30.01.2020, das mit einer geprüften Summe einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 228.862,59 EUR abschließt, zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25. (öffentlich)

Ausbau der Schlachthofstraße in Landau in der Pfalz, Vergabe der Tief- und Straßenbauarbeiten

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 20. Februar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Ausführung der Tief- und Straßenbauarbeiten für den Ausbau der Schlachthofstraße in Landau in der Pfalz ist der Firma Joh. Schön & Sohn GmbH & Co. KG, Speyer, zu den Preisen ihres Angebotes vom 30.01.2020, das mit einer geprüften Summe einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 588.068,64 EUR abschließt, zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 26. (öffentlich)

**Ausbau der Eutzinger Straße in Landau in der Pfalz;
Vergabe der Kanal-, Tief- und Straßenbauarbeiten**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 20. Februar 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zum Ausbau der Eutzinger Straße in Landau in der Pfalz für die Tief- und Straßenbauarbeiten (Los 1) und die Kanalarbeiten (Los 2) wird an die Firma Peter Gross Infra GmbH, Pirmasens, zu den Preisen ihres Angebotes vom 29.01.2020 in Höhe von insgesamt 1.463.432,68 Euro vergeben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 27. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Stock stellte die Frage, ob die Stadt bei den Formularen für die Soforthilfen unterstützend tätig werden könne.

Ratsmitglied Dr. Wissing sprach die Situation mit ausländischen Pflegekräften an. Es herrsche Unsicherheit, ob bei auslaufendem Visum einer Pflegekraft überhaupt ein Wechsel erfolgen und eine neue Kraft einreisen könne. Es stelle sich daher die Frage, ob ein auslaufendes Visum unter Umständen unbürokratisch verlängert werden könnte.

Der Vorsitzende erklärte, dass die Schwierigkeiten mit diesen Situationen auf dem Radar seien. Dies sei ein landesweites Thema. Er lasse dies gerne prüfen, aber er denke dies sei nicht das Hauptproblem. Aber alles was man tun könne, werde man auch tun.

Ratsmitglied Dr. Migl wies auf die schwierige Situation durch die coronabedingte Schließung der Tafel hin. Viele Menschen seien darauf angewiesen. Die Frage sei, ob man eine alternative Anlaufstelle schaffen könne.

Ratsmitglied Herrmann war der Meinung, dass hinsichtlich der Geschäftsschließungen die Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt sei, da größere Geschäfte geöffnet bleiben dürften, kleinere aber schließen müssten.

Der Vorsitzende entgegnete, dass dies nicht im Ermessen der Stadt liege, sondern man hier Anweisungen von Seiten des Landes bekomme. Es sei der Versuch des Staates, eine Grundversorgung sicherzustellen.



Die Niederschrift über die 7. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 17.03.2020 umfasst 36 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 127.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Alexander Grassmann
Beigeordneter